

Deutsches Patent- und Markenamt

10/578579

München, den 03. Juni 2004

Telefon: (0 89) 21 95 - 3721

Aktenzeichen: 103 51 199 7-35

AP20 Rec'd FCT/PTO 03 MAY 2006

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Anmelder:
Erbe Elektromedizin GmbH

Patentanwälte
Meissner, Bolte & Partner
Postfach 86 06 24
81633 München

MEISSNER, BOLTE & PARTNER				Ze	Po	Sk
EING 23.6.04 6. Juni 2004				Bu	Sj	Sk
WV 16.09.04				Tx	X	Sk
LT 16.10.04				cp	Kr	Sk
				Lh	Sk	Ru
				Su	Sk	HZ

Ihr Zeichen: M/ERB-119-DE

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 21. November 2003

Eingabe vom 22. April 2004

eingegangen am 22. April 2004

Die weitere Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.
Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt. Die Frist beginnt an dem Tag zu laufen, der auf den Tag des Zugangs des Bescheids folgt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Dokumentenannahme
und Nachbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64
81534 München

Hausadresse (für Fracht)
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon (089) 2195-0
Telefax (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>

Zahlungsempfänger:
Bundeskasse Weiden
BBk München
Kto.Nr.: 700 010 54
BLZ: 700 000 00
BIC (SWIFT-Code): MARKDEF1700
IBAN: DE84 7000 0000 0070 0010 54

2401.1
.04
S-Bahnanschluss im
Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof)
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:
S2 Haltestelle Fasangarten

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

- (1) US 5,712,460 A
- (2) DE 102 21 787 A1
- (3) DE 41 25 313 A1
- (4) DE 695 27 537 T2
- (5) DE 198 01 152 A1
- (6) DE 197 30 456 A1
- (7) EP 0 864 293 A1
- (8) WO 02/14970 A2
- (9) US 2002/0156466 A1
- (10) US 5,777,602 A
- (11) US 2002/0115917 A1
- (12) US 6,280,436 B1

Neben dem von der Anmelderin in der Beschreibungseinleitung dargelegten und (offenbar) als bekannt vorausgesetzten Stand der Technik (ohne Fundstellenangabe/n), werden von der Prüfungsstelle die Druckschriften (1) bis (12) betrachtet.

Mit den vorliegenden Unterlagen kann die Erteilung eines Patentbescheides nicht in Aussicht gestellt werden, wie sich aus den nachfolgenden Darlegungen ergibt.

I.

1. Abgesehen davon, dass im vorliegenden **Anspruch 1**

- die in den Z. 1/2, 4/5, 10, 13/14 jeweils verwendete Formulierung: „...Geräte (1, 1') oder Gerätegruppen (2) ...“ in Anbetracht der im abhängigen Anspruch 4, der sich – direkt oder indirekt – auf den Anspruch 1 rückbezieht, verwendeten Formulierung: „... mit den Geräten (1, 1') der Gerätegruppen (2) ...“ anpassungsbedürftig erscheint; an dieser Stelle sei auf den Anspruch 7 hingewiesen, in dem von: „... Geräten (1, 1') oder Gerätegruppen (2)“ die Rede ist;

- die in den Z. 3 und 6 jeweils verwendete Formulierung: „... zwei Fußschalter oder dergleichen ...“, „...Steckverbinder oder dergleichen Verbindungseinrichtungen (20) ...“ wegen der dort nicht angegebenen Äquivalente im Sinne der Klarheit der Anspruchsfassung anpassungsbedürftig ist; hierzu sei der Wortlaut des abhängigen Anspruchs 2 erwähnt, in dem „... die Verbindungseinrichtungen (20) ...“ angesprochen sind;
- in Z. 6 unmittelbar hinter „Steckverbinder“ die Bezugszeichen „(11, 12)“ zu ergänzen wären (vgl. hierzu bspw. Text auf der Beschreibungsseite 5 Z. 23),

wird zum Gegenstand des Anspruchs 1 – soweit dieser verständlich ist – wie folgt angemerkt:

1.1 Aus der Druckschrift (1) ist – bei vergleichbarer Aufgabe/Problemstellung – (s. dort Text in Sp. 2 Z. 20 bis 53) eine

- „Steuereinrichtung zur Steuerung elektromedizinischer Geräte (1, 1') oder Gerätegruppen (2) (- s. o. -) (s. dort Fig. 1 die mit den Bezugszeichen „10“, „12“, „22“, „16“ bezeichneten gegenständlichen Merkmale), umfassend
- mindestens zwei Fußschalter oder dergleichen Schalteinrichtungen (10) (- s. o. -) (s. dort bspw. Fig. 12: die „force sensitive resistors R1“ bis „R5“) zur Erzeugung von Steuersignalen zum Steuern der Geräte (1, 1') oder Gerätegruppen (2) (- s. o. -) (s. dort „handpiece 16“ sowie Text in Sp. 7 Z. 4 bis 25: „... by communicating an appropriate signal to an associated ... system. Numerous other functions could be affected by bus 104“),
- Steckverbinder oder dergleichen Verbindungseinrichtungen (20) (- s. o. -) an den Schalteinrichtungen (10), über welche die Schalteinrichtungen (10) miteinander verbunden sind (s. dort Text in Sp. 6 Z. 48-51: „... connector 94 ... cable assembly 96 ... connected to cable connector 98“ i. V. m. Text in Sp. 6 Z. 35ff: „... or arranged in a matrix, ... in the form of resistors and a membrane having two layers of film substrate, one supporting interdigitating conducting electrodes ... The various ... conducting paths are terminated at a connector 94 ...“),
- Zuweisungseinrichtungen (30), um den Steuersignalen bestimmte Steuerfunktionen bezüglich der Geräte (1, 1') oder Gerätegruppen (2) (-

s. o. -) zuzuweisen (s. dort Text ab Sp. 2 Z. 56 bis Sp. 3 Z. 18: „... predetermined function-activating areas ...“, sowie: „... switch ... for controlling a predetermined parameter of ...“), und

- Informationsübertragungseinrichtungen (40) zum Übertragen der Steuersignale von den Schalteinrichtungen (10) zu den Geräten (1, 1') oder Gerätegruppen (2) (- s. o. -) (= „communications bus 104“)

bekannt;

vergleiche

in Druckschrift (1): die Bezeichnung unter „54“ und den „Abstract“ unter „57“ auf der Titelseite, Ansprüche 1 bis 10, Text in Sp.1 Z. 8 bis 22, Text in Sp. 2 Z. 20 bis 53, ab Z. 56 bis Sp. 3 Z. 18, Text in Sp. 4 Z. 28 bis 55 i. V. m. der Fig. 2, Text ab Sp. 5 Z. 38 bis Sp. 6 Z. 51 besonders i. V. m. den Fig. 1, 11 und 12, Text ab Sp. 6 Z. 63 bis Sp. 7 Z. 26 i. V. m. den Fig. 2 und 13, Text ab Z. 64 bis Sp. 8 Z. 14 i. V. m. den weiteren Figuren und der jeweils dazugehörigen Beschreibung.

Sonach ist eine „Steuereinrichtung ...“ mit den im vorliegenden Anspruch 1 angegebenen und soweit verständlichen gegenständlichen Merkmalen aus der Druckschrift (1) bekannt.

Der Anspruch 1 ist daher nicht gewährbar, da sein Gegenstand in Anbetracht des aus der Druckschrift (1) Bekannten – soweit derzeit beurteilbar – als nicht mehr neu anzusehen ist.

Mangels eines nicht gewährbaren Anspruchs 1 sind die abhängigen Ansprüche 2 bis 7 nicht gewährbar.

Die Prüfungsstelle erkennt nicht, dass hinsichtlich der im vorliegenden Anspruch 1 angesprochenen „Steckverbinder“ in Anbetracht bspw. der geltenden Fig. 2 und 3 (offenbar) ein technischer Sachverhalt gemeint sein könnte, der im Wortlaut dieses Anspruchs 1 derzeit nicht zum Ausdruck kommt und der der Druckschrift (1) nicht zu entnehmen ist; in bezug auf diesen möglichen technischen Sachverhalt sei deshalb bspw. auf die Druckschrift (2) (s. dort bspw.

die Fig. 8 und 12) oder die Druckschrift (8) (s. dort bspw. den „Abstract“ unter „57“ auf der Titelseite und den Text ab S. 2 Z. 27 bis S. 3 Z. 2) hingewiesen.

II.

Des weiteren sei auf die Druckschriften (3) bis (7) sowie (9) bis (12) hingewiesen, aus denen jeweils technische Sachverhalte bekannt sind, die eine Nähe zum Anmeldungsgegenstand aufweisen dürften. Aus der

- Druckschrift (3) ist ein „Verfahren zur Steuerung einer ... Behandlungseinrichtung ...“,
- Druckschrift (4) ist ein „Elektronischer Fusssschalter für ... Chirurgie“,
- Druckschrift (5) ist ein „Multifunktionaler Fußschalter“,
- Druckschrift (6) ist eine „Elektrisch betriebene medizinische Einrichtung“,
- Druckschrift (7) ist ein „Telemetry system, in particular for medical purposes“,
- Druckschrift (9) ist ein „SURGICAL SYSTEM“,
- Druckschrift (10) ist ein „OPERATING DEVICE FOR MEDICAL-TECHNICAL SYSTEM WORKPLACES“,
- Druckschrift (11) ist ein „MEDICAL TREATMENT SYSTEM“,
- Druckschrift (12) ist ein „EYE TRACKING AND POSITIONING SYSTEM FOR A REFRACTIVE LASER SYSTEM“

bekannt; vergleiche dort jeweils die Bezeichnung unter „54“ und – mit Ausnahme bei der Druckschrift (4) – die Zusammenfassung bzw. den „Abstract“ unter „57“ auf der Titelseite, die Ansprüche und Beschreibung mit den dazugehörigen Figuren.

III.

1. Zu den **nachgeordneten Ansprüchen 2 bis 7** bzw. zu den Gegenständen der nachgeordneten Ansprüche 2 bis 7, die ohne einem gewährbaren Anspruch 1 nicht gewährbar sind und in deren Gegenständen etwas eigenständig Patentfähiges derzeit nicht erblickt werden kann, wird wie folgt angemerkt:

- 1.1 Anstelle des im **Anspruch 3** angegebenen Rückbezugs: „... nach einem der vorhergehenden Ansprüche...“ erscheint wegen des verwendeten bestimmten Artikels für „Datenbus (21)“ die Formulierung: „... nach Anspruch 2 ...“ die geeignetere, da ein „Datenbus (21)“ erst im Anspruch 2 angegeben ist.- Des weiteren weist der vorliegende Anspruch 3 die – fakultative – Formulierung: „... insbesondere Steckverbinder (11, 12; vgl. Bezugszeichenliste; s. o.) ...“ auf. Diese Formulierung wäre in Anbetracht der bereits im direkt oder indirekt rückbezogenen Anspruch 1 angesprochenen „Steckverbinder“ unter Auslassung des „insbesondere“ entsprechend anzupassen (vgl. hierzu auch das unter Abschn. „I.1“ zweiter und dritter Anstrich Angesprochene).
- 1.2 Hinsichtlich der im **Anspruch 7** angesprochenen „Geräte (1, 1') oder Gerätegruppen (2)“ sei auf das unter Abschn. „I.1“ zu Anspruch 1 Ausgeführte hingewiesen, das im vorliegenden Fall entsprechend gelten dürfte
- 1.3 Hinsichtlich der in den **Ansprüchen 2 bis 7** angesprochenen gegenständlichen Merkmale sei wiederum auf die Druckschrift (2) (s. dort bspw. Text im von der Sp. 1 zur Sp. 2 übergreifenden Abs. „[0009]“, in Sp. 2 Abs. „[0013]“ bis „[0017]“, Text in Sp. 4 Abs. „[0027]“ und „[0028]“, Text in Sp. 13 Abs. „[0100], [0101]“, Text in Sp. 15 Abs. „[0116]“) sowie auf die Druckschrift (8) (s. dort Text ab S. 3 Z. 7 bis 22, Text ab S. 18 Z. 11 bis S. 19 Z. 8) hingewiesen.

Bereits wegen der in den vorgenannten Punkten „1.1“ bis „1.2“ angesprochenen Mängel sind die Ansprüche 3 und 7 nicht gewährbar.

IV.

1. Sollte die Anmelderin auch in Anbetracht des oben dargelegten Sachverhaltes und im Hinblick auf den nachgewiesenen Stand der Technik – i. V. m. dem voranzusetzenden Fachwissen des zuständigen Durchschnittsfachmannes – dennoch der Meinung sein, in den Anmeldungsunterlagen eine verbleibende patentbegründende Substanz offenbart zu haben, so wird anheimgestellt, im Rahmen der ursprünglichen Offenbarung (mit Angabe des Offenbarungsortes) ein neues, präzisiertes Patentbegehren (Hauptanspruch und angepasste abhängige Ansprüche) einzureichen.

2. Dieses Patentbegehren ist anhand einer/eines am nachgewiesenen Stand der Technik orientierten, positiv formulierten Gesamtaufgabe/-problems in der bekannten Art und Weise eingehend zu begründen.
3. Eine Anpassung/Überarbeitung der übrigen Unterlagen erscheint derzeit nicht zweckmäßig.
4. Im übrigen wird um Beachtung der gedruckten Vorbemerkungen zu diesem Bescheid gebeten.
5. Falls eine Äußerung in der Sache nicht beabsichtigt ist, wird eine formlose Mitteilung über den Erhalt des Bescheides erbeten.
6. Aufgrund des dargelegten Sachverhaltes kann mit den vorliegenden Unterlagen die Erteilung eines Patents nicht in Aussicht gestellt werden.

Prüfungsstelle für Klasse A 61 B

Th. Dresel

Dr. Dresel

Dr. Dresel 03.06.04

Hausruf 2647

Anlage: 12 Entgegenhaltungen

Ausgestellt

gl
Regierungssekretär

